

Werden in Deutschland Fakten verschwiegen?

MEDIEN & ÖFFENTLICHKEIT Die späte Berichterstattung besonders in ARD und ZDF und die falsche Informationspolitik der Behörden nach den Vorfällen in der Silvesternacht sorgten für Unmut. Bei vielen Bürgern ist laut Umfragen bereits der Eindruck entstanden, in Deutschland werde nicht umfassend und objektiv informiert. Verschweigen Medien und Behörden manchen Fakt?

Es gab bei Medien und Behörden massive Versuche, die Öffentlichkeit zu täuschen.



Der Journalist **Thomas Schührer** (Östringen-Tiefenbach bei Heidelberg) gründete 2014 die Bürgerinitiative „FaireMedien“. Sie setzt sich für objektive Berichterstattung ein und macht auf Fehlverhalten aufmerksam.

PRO Im Vieraugengespräch berichten Polizisten schon lange, dass die Berichterstattung der Medien und die offiziellen Mitteilungen der Dienststellen oft weit von dem abweichen, was die Beamten im Dienst fast täglich erleben. Dies besonders, wenn es um bestimmte Kriminalitätsphänomene geht, die bei vielen Mitgliedern bestimmter Migrantengruppen überrepräsentiert sind. Die Kölner Silvesternacht öffnete vielen die Augen, die bisher nicht glauben konnten, dass in Deutschland Fakten verschwiegen werden.

Es gab massive Versuche, die Öffentlichkeit über die Vorgänge am Kölner Dom und in anderen Städten zu täuschen. Hier gilt es weiterzudenken: Warum sollten selbst höchste Stellen der Polizei offenkundige Tatsachen falsch darstellen, wenn es nicht schon lange entsprechende Erwartungen seitens der Politik gäbe?

Es dauerte vier Tage, bis das ZDF berichtete, obwohl die wichtigsten Fakten längst im Internet, bei Betroffenen, einer großen Zahl von Zeugen und örtlichen Journalisten bekannt waren. Hier wurde die Informationspflicht in unerträglicher Weise absichtlich verletzt. Der stellvertretende ZDF-Chefredakteur, Elmar Theveßen, entschuldigte sich inzwischen dafür.

Der ehemalige Innenminister Hans-Peter Friedrich sprach von „Schweigekartell“ und „Nachrichtensperre“, wenn es um ausländische Straftäter gehe. Nur hier? Leider nein. Vergleichbares ergaben Recherchen von „FaireMedien“ zur Berichterstattung über Kirche, Familie oder Lebensrecht. Wer bei diesen und vielen anderen Themen auch alternative Gesichtspunkte sucht, ist auf eigene Untersuchungen angewiesen. Das ist jedoch eine Bankrotterklärung – besonders für die öffentlich-rechtlichen Medien und die politische Diskussionskultur. ●

Verantwortung geht vor Veröffentlichung: So funktioniert Pressefreiheit.



Thomas Schiller, Chefredakteur des Evangelischen Pressedienstes (epd) in Frankfurt am Main und Berlin, ist Mitglied des Deutschen Presserats.

KONTRA Nach den Silvester-Ereignissen von Köln wurden Journalisten dafür kritisiert, dass sie nicht alles veröffentlichten, was sie wussten. Das ist zunächst kein Skandal, sondern unerlässlich. Journalisten filtern die Informationsflut. Sonst bräuchte man keine Medien. Sie müssen aber die komplexe Nachrichtenlage so auf den Punkt bringen, dass die Berichterstattung wahrhaftig bleibt. Dafür gibt es professionelle Kriterien – etwa Aktualität und Relevanz. Den Redaktionen sind zudem medienethische Grenzen und rechtliche Schranken gesetzt. Verantwortung geht vor Veröffentlichung.

Wie der Schutz von Minderheiten gehört die Pressefreiheit zu den Grundrechten, die nach den Erfahrungen der NS-Diktatur aus gutem Grund ein hohes Verfassungsgut sind: „Eine Zensur findet nicht statt.“ Medien kontrollieren sich daher selbst. Dafür gibt es den Deutschen Presserat.

In dessen Pressekodex steht in Ziffer 12: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden.“ Bei der Berichterstattung über Straftaten soll die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu einer Minderheit nur dann erwähnt werden, „wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht“.

In Köln stellte sich rasch heraus: Ein solcher Sachbezug ist gegeben. Inzwischen läuft eine breite medienethische Debatte. Sie wird die Sensibilität in Redaktionen schärfen und die Frage, was veröffentlicht wird und was nicht, neu austarieren. Sie wird nicht verhindern, dass in Zukunft neue Fragen auftauchen und neue Fehler gemacht werden. Dann folgen neue, auch schmerzhaft Debatten. So funktioniert Pressefreiheit. ●